3 T 535/07 LG Hagen
07-4853888-08-N AG Hagen

LANDGERICHT HAGEN

BESCHLUSS

In der Mahnsache

.....,

Antragstellerin,

-Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte

gegen

....., Antragsgegner,

hat die 3. Zivilkammer des Landgerichts Hagen auf die sofortige Beschwerde der Antragstellerin vom 28. August 2007 gegen den Beschluss des Amtsgerichts Hagen vom 7. August 2007 durch den Vorsitzenden Richter am Landgericht Pletzinger, die Richterin am Landgericht Keese und die Richterin am Landgericht Dr. Einhoff

am 31. Oktober 2007 beschlossen:

Die sofortige Beschwerde wird auf Kosten der Antragstellerin nach einem Beschwerdewert von 449,-€ zurückgewiesen.

G r ü n d e:

Gemäß dem Antrag der Antragstellerin hat das Amtsgericht Hagen am 18. Mai 2007 gegen den Antragsgegner einen Mahnbescheid erlassen, der jenem am

22. Mai 2007 zugestellt worden ist. Aufgenommen in dem Mahnbescheid wurden auch die entstandenen Gerichts- und Rechtsanwaltskosten sowie eine Auslagenpauschale.

Mit dem Antrag vom 8. Juni 2007 auf Erlass eines Vollstreckungsbescheides hat die Antragstellerin zusätzlich das Entstehen einer Einigungsgebühr gem. Nr. 1000 W RVG geltend gemacht und deren Aufnahme in den Vollstreckungsbescheid begehrt.

Unter dem 7. August 2007 hat das Amtsgericht Hagen einen Vollstreckungsbescheid erlassen, der dem Antragsgegner am 14. August 2007 zugestellt worden ist und gegen den er keinen Einspruch eingelegt hat.

Mit Beschluss vom gleichen Tage hat das Amtsgericht die Aufnahme der ergänzend geltend gemachten Einigungsgebühr von 449,-€ abgelehnt. Hinsichtlich der Begründung der Zurückweisung wird auf den angefochtenen Beschluss vom 7. August 2007 Bezug genommen (vgl. Blatt 30 und 30 R der Akten).

Gegen diesen Beschluss hat die Antragstellerin mit Schriftsatz vom 28. August 2007 sofortige Beschwerde eingelegt. Hinsichtlich der Beschwerdebegründung wird auf die Ausführungen in diesem Schriftsatz (vgl. Blatt 21-23 der Akten) Bezug genommen.

Die gemäß den §§ 104 Abs. 3, 567 ZPO, 11 Abs. 1 RpfVG zulässige sofortige Beschwerde ist unbegründet.

Das Amtsgericht hat die Aufnahme der mit dem Antrag auf Erlass eines Vollstreckungsbescheides geltend gemachten weiteren Gebühr zu Recht abgelehnt.

Gemäß § 699 Abs. 3 ZPO sind die bisher entstandenen Kosten des Verfahrens, mithin auch die seit dem Erlass des Mahnbescheides angefallenen weiteren Kosten, zu denen auch erstattungsfähige Anwaltsgebühren gehören, in den Vollstreckungsbescheid aufzunehmen.

Vorliegend sind solche Kosten über die, die in dem Vollstreckungsbescheid bereits Berücksichtigung gefunden haben, nicht angefallen. Die seitens der Antragstellerin geltend gemachte Einigungsgebühr gem. Nr. 1000 VV RVG ist vorliegend nicht entstanden.

Zwar kann auch im Mahnbescheidsverfahren grundsätzlich eine solche Einigungsgebühr entstehen. Die Voraussetzungen hierzu sind vorliegend jedoch nicht gegeben.

Die Einigungsgebühr nach Nr. 1000 W RVG soll die frühere Vergleichsgebühr des § 23 BRAGO ersetzen und gleichzeitig inhaltlich erweitern. Während die Vergleichsgebühr nach § 23 BRAGO durch Verweisung auf § 779 BGB ein gegenseitiges Nachgeben voraussetzte, soll die Einigungsgebühr jegliche vertragliche Beilegung eines Streites der Parteien honorieren und dadurch einen Anreiz schaffen, diesen Weg der Erledigung eines Rechtsstreites zu beschreiten. Durch diese zusätzliche Gebühr soll die mit der Einigung verbundene Mehrbelastung und erhöhte Verantwortung des beteiligten Rechtsanwalts vergütet werden; zudem soll die Belastung der Gerichte gemindert werden (vgl. BGH NJW-RR 2007, 359; BGH Juristisches Büro 2007, 411; Gerold/Schmidt/van Eicken/Madert/Müller-Rabe, RVG, 17. Auflage, Nr. 1000 VV RVG Rnr. 5). Zu dem zur Entstehung der Gebühr notwendigen Erfolg gehört somit auch die Entlastung des Gerichts.

Die erforderliche Entlastung des Gerichts ist hier nicht eingetreten. Es war nicht die Folge der zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarung vom 21. Mai 2007, dass sich der Erlass eines Vollstreckungsbescheides erübrige. Vielmehr war das Gericht veranlasst, gemäß dem Antrag der Antragstellerin einen Vollstreckungsbescheid zu erlassen. Eine konkrete Entlastung des Gerichtes ist somit nicht eingetreten.

Ein Kostenerstattungsanspruch im hier notwendigen Umfange ergibt sich auch nicht aus Ziffer 1) der Ratenzahlungsvereinbarung vom 21. Mai 2007. Dort ist zwar geregelt, dass der Antragsgegner unter anderem die Erstattung der bisher entstandenen und mit Abschluss dieser Vereinbarung sowie ggfs. künftig entstehenden Kosten der Rechtsverfolgung schuldet. Hieraus leitet sich aber kein solcher Kostenerstattungsanspruch ab, der Veranlassung zur Aufnahme der Einigungsgebühr in den Vollstreckungsbescheid gem. § 699 Abs. 3 ZPO gibt. In den Vollstreckungsbescheid können lediglich die Kosten aufgenommen werden, die als Gerichtskosten oder erstattungsfähige Anwaltsgebühren entstanden sind. Das Entstehen solcher Kosten ist vorliegend, wie ausgeführt, nicht zu bejahen.

Die Nebenentscheidungen beruhen auf §§ 3, 97 ZPO.

Pletzinger

Keese Dr.

Einhoff